Soziales | 22.11.2023 | 385/23

TOP 16: Ärztinnen und Ärzte durch Fachpersonal entlasten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Kampagne „Praxis in Not“ haben wir alle mitbekommen. Für eine gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung sind niedergelassene Ärztinnen und Ärzte und ihre Praxisteams unverzichtbar. Während längst nicht mehr alle Arztsitze nachbesetzt werden können, steigt gleichzeitig der Versorgungsbedarf, auch durch eine älter werdende Gesellschaft.

Liebe Praxisteams im Land, liebe niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, wir sehen die Probleme, die Sie täglich bewältigen müssen. Sie sind eine wesentliche Stütze in unserem Gesundheitssystem. Danke für Ihren engagierten Einsatz für unsere Gesellschaft, dieser ist extrem wichtig!

Mit unserem Antrag wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern, um eine gute Versorgung langfristig zu gewährleisten. Eine Überlegung ist, die vorhandenen ärztlichen Kapazitäten zukünftig noch gezielter einzusetzen. Das bedeutet, Ärztinnen und Ärzte von einigen Aufgaben zu entlasten, damit mehr Zeit für weitere Patienten frei wird.

Hierbei spielen Medizinische Fachangestellte, kurz MFAs, schon heute eine sehr wichtige Rolle: Sie organisieren den Praxisablauf und sind in der Regel der erste Kontakt für die Patientinnen und Patienten mit dem Praxisteam. MFAs sind dadurch aber leider auch häufig die Personen, die den Frust der Patientinnen und Patienten über das, was im Gesundheitswesen schlecht läuft, abbekommen. Das ist auf Dauer psychisch belastend und führt dazu, dass einige MFAs den Job aufgeben. Hier müssen wir etwas tun!

Neben den MFAs gibt es als Unterstützung für die Ärztinnen und Ärzte noch die PAs, die Physician Assistants. Diese sind in Deutschland noch recht unbekannt. Im Gegensatz zu den MFAs dürfen PAs auch delegierbare Tätigkeiten selbständig ausüben, die dem Arztvorbehalt unterliegen. Das kann zum Beispiel das Mitwirken bei der Erstellung von Diagnosen sein.

Die Jamaika-Regierung hat seinerzeit die Einführung des Studiengangs in Schleswig-Holstein beschlossen, seit Oktober 2020 wird das Studium am Westküstenklinikum in Heide angeboten. Bei der Abschlussfeier unseres ersten Jahrganges vor 4 Wochen in Heide war für mich klar zu spüren: Da steckt Potential drin, da geht noch viel mehr.

Aber: Unser erster PA-Jahrgang geht fast ausschließlich in den stationären Bereich. Das liegt auch am Geld: Der Einsatz von PAs wird im ambulanten Bereich nicht gesondert vergütet. Und auch so schwimmen die meisten niedergelassenen Medizinerinnen und Mediziner nicht im Geld: Der sogenannte Orientierungspunktwert, den grundsätzlich die gesetzlichen Krankenkassen und die kassenärztliche Bundesvereinigung aushandeln, spielt hierfür eine wichtige Rolle. Seit 2013 ist dieser Wert bis heute um rund 15 Prozent angestiegen. Das ist deutlich unterhalb der Inflationsquote. Auch werden nicht immer alle erbrachten Leistungen bezahlt: Stichwort Budgetierung. Ein Unding.

Steven Nowak Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel Tel: 0431 988 1441 steven.nowak@cdu.ltsh.de https://www.cdu.ltsh.de

Ich fasse nochmal zusammen: Die psychische Belastung und die zu geringe Bezahlung führen dazu, dass die Arbeit für MFAs und PAs im ambulanten Bereich weniger attraktiv ist. Sie wechseln in Behörden, Kliniken oder zu Krankenkassen oder noch schlimmer, verlassen den medizinischen Bereich insgesamt. Gleichzeitig wird dieses Fachpersonal im ambulanten Bereich dringend gebraucht, um Ärztinnen und Ärzte zu entlasten.

Mit dem ihnen vorliegenden Antrag von CDU, Grünen und FDP wollen wir die Probleme angehen und im Wesentlichen vier Dinge erreichen:

1 Wir wollen, dass der Orientierungspunktwert an die Inflation angepasst wird, damit MFAs angemessen im ambulanten Sektor bezahlt werden können.

2 Wir wollen, dass Honorierungen der PAs im ambulanten Bereich angemessen abgerechnet werden können.

3 Wir wollen die Entbudgetierung des ambulanten Bereichs, auch der Zahnmedizin, erreichen, beginnend mit der Grundversorgung.

4 Wir wollen Maßnahmen anstoßen, die den wertschätzenden Umgang der Patientinnen und Patienten mit dem Praxispersonal fördern.

Wichtig ist, dass der Bund mitmacht, damit alle vier Punkte schnell Realität werden. Das, was wir in Schleswig-Holstein machen können, tragen wir gerne dazu bei. Ich freue mich auf eine breite Zustimmung zu diesem Antrag. Wir können uns „Praxen in Not“ einfach nicht leisten!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Steven Nowak Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel Tel: 0431 988 1441 steven.nowak@cdu.ltsh.de https://www.cdu.ltsh.de